

Dringlichkeitsantrag

der Grünen-, SPÖ-, ÖVP- GR- Fraktion,
des MFG-Gemeinderates
gemäß § 7 GOGR

W WELS Büro des Bürgermeisters	
Eingel. am	19. Jan. 2026 M:20
Tgb.Nr.	50323

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Dringlichkeitsantrag entspricht den Formerfordernissen nach § 7 Abs. 1 GOGR.
2. Dass folgende Resolution an die Bundesregierung ergeht:

WELS, 19. 1. 2026

Der Gemeinderat der Stadt Wels fordert die Bundesregierung auf, die Kosten für das Projekt „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ zeitnah und möglichst vollständig zu übernehmen.

Begründung:

Darüber, dass Gewalt gegen Frauen kein isoliertes Einzelschicksal, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt, besteht mittlerweile ein Grundkonsens in der österreichischen Gesellschaft und Politik. Die hohe Anzahl an Femiziden, also die Ermordung einer Frau aufgrund ihres Geschlechts, die damit einhergehende mediale Berichterstattung und die immer mehr werdenden Projekte gegen Gewalt an Frauen haben zur Sichtbarkeit, Enttabuisierung und Sensibilisierung der österreichischen Bevölkerung gegenüber dem Thema der Männergewalt gegen Frauen geführt. Um die Prävention von Gewalt und das Wissen, wie man sich aktiv für eine gewaltfreie Gesellschaft einsetzen kann, nachhaltig zu gewährleisten, sind Präventionsprojekte wie „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ von entscheidender Bedeutung. Die Finanzierung der 6 Standorte von „StoP“ in Wels, Linz, Leonding und Perg ist aktuell nur bis Mai bzw. Juni des Jahres 2026 gesichert und erfolgt größtenteils durch Bundesmittel. Eine langfristige Finanzierung des Gewaltpräventionsprojekts muss sichergestellt werden.

Für „StoP“ ist klar, dass der beste Schutz gegen häusliche Gewalt eine Gesellschaft ist, die den Gewaltausübenden vermittelt, dass ihr Verhalten nicht toleriert wird. Um diesen dringend notwendigen gesellschaftlichen Wandel weiter voranzutreiben, muss eine langfristige und nachhaltige finanzielle Absicherung von „StoP“ gewährleistet werden. Dazu sind finanzielle Kraftanstrengungen auf allen Ebenen notwendig. Denn mit befristeten Finanzierungen wird eine langfristige Projektentwicklung verunmöglicht und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von „StoP“ werden zu Bittstellerinnen und Bittstellern.

Die (Weiter-)Finanzierung von „StoP“ hat daher Priorität. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert die Kosten für das Projekt „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ zeitnah und möglichst vollständig zu übernehmen. In Wels hat sich „StoP“ sehr gut etabliert, mit regelmäßigen Stammtischen, eigenen Büroräumlichkeiten im Schlöhofgelände, Schulworkshops, den StoP-Bänken, dem Sommerfest im Tiergarten und vielen weiteren Aktivitäten.

Begründung zur Dringlichkeit

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Notwendigkeit „StoP“ möglichst rasch eine Zusicherung für die (Weiter-)Finanzierung geben zu können, damit sie Planungssicherheit haben.

Berichterstatter: GR. Alessandro Schatzmann

A. Scht
(SCHATZMANN)

Si
(SCHUMACHER)

Wiesinger
(WIESINGER)

W. Wehofsich
(WEHOF SICH)

R. H. S.
(RAMMERSTORFER)
(19. 1. 2026) 13/15

Beschluss des Gemeinderates

vom 26.1.26

Antrag

einstimmig - ~~mit Stimmenmehrheit~~
angenommen - ~~abgelehnt~~ ~~zurückgestellt~~

Der Vorsitzende:

